

Zeitenwende

Der 24. Februar 2022 markiert das Ende aller Gewissheiten. Nur wenige haben wirklich glauben können, dass der russische Präsident Putin Ernst macht und einen großen Krieg vom Zaun bricht. Gewiss wusste man auch in Berlin über den Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze genau Bescheid, und niemand mochte einen Angriff gänzlich ausschließen. Aber kaum jemand hielt für möglich, dass Moskau diesen Sprung ins Dunkle wagen würde. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte.¹³ Doch nunmehr ist alles möglich. Wer will noch ernsthaft voraussagen, was Putin tun und lassen wird? Selbst der Einsatz von Atomwaffen erscheint nicht mehr ausgeschlossen. Damit stellt sich die Frage dringender denn je, ob das Baltikum, Polen und Rumänien verteidigt werden können. Vor allem: Was kann die Bundeswehr in einer solchen Lage zur Bündnisverteidigung beitragen? Der Inspekteur des Heeres, Alfons Mais, schrieb am Morgen des 24. Februar auf LinkedIn: »Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da. [...] Wir haben es alle kommen sehen und waren nicht in der Lage, mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen.«¹⁴

Mais schrieb diese Zeilen spontan und ohne Abstimmung mit seinem Stab. Sein Offenbarungseid zwang die Politik zur Ehrlichkeit. Niemand konnte nun die üblichen Phrasen wiederholen, dass die Bundesrepublik ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen erfülle. Wie konnte es sein, dass die Streitkräfte im Jahr 8 nach der Krim-Annexion immer noch »blank« dastanden und nicht in der Lage waren, das eigene Land zu verteidigen? Mais bekam viel öffentlichen Zuspruch. Intern wetzten manche freilich schon die Messer und sprachen von »Hochverrat«. Aber auch die ehemalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer twitterte bemerkenswert ehrliche Worte: »Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien, Krim und Donbass nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte.«¹⁵

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie der russische Überfall auf die Ukraine hätte verhindert werden können. Ein NATO-Beitritt Kiews 2008 hätte erst recht zu einem russischen Angriff geführt, zumal die Ukraine damals militärisch praktisch wehrlos war. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine einsatzbereite Bundeswehr an Putins Entschluss etwas geändert hätte, da ein direktes Eingreifen der NATO nie zur Debatte stand. Aber: Durch seine sicherheitspolitische Leisetreterei trug Deutschland erheblich dazu bei, Europa schwach und zerstritten erscheinen zu lassen.

Dass die Bundeswehr im Moment der Krise kein einziges Kampftruppenbataillon zusätzlich zu den Kräften in Litauen einsatzbereit hatte, ist ein Armutszeugnis. Eine schlagkräftige Armee lässt sich nicht bei Bedarf aus dem Hut zaubern, und es wird noch Jahre dauern, bis die Bundeswehr einen wirkungsvollen Beitrag zur Verteidigung der NATO leisten können. Auf die Probleme ist immer wieder hingewiesen worden. Alle Analysten waren sich in ihrer Lagebeurteilung einig und haben teilweise mit geradezu flehentlichen Worten Abgeordnete und Minister gebeten, mehr zu tun. Auf mögliche Krisen vorausschauend zu reagieren war aber nicht die Stärke der deutschen Regierung. Und so ist seit der Krim-Annexion 2014 viel zu wenig passiert. Es gab zwar deutlich mehr Geld, aber ein politischer Wille, die Bundeswehr für die Bündnisverteidigung einsatzbereit zu machen, war nie zu erkennen. Es ging immer nur darum, die NATO-Verpflichtungen zu erfüllen: alle vier Jahre eine VJTF-Brigade zu stellen und ein Bataillon als Enhanced Forward Presence in Litauen zu stationieren.

Niemand schien sich daran zu stören, dass die weitergehenden Pläne, bis 2032 drei kampfbereite Divisionen aufzustellen, intern längst als unerreichbar galten. Hinzu kommt, dass die Covid-19-Pandemie ein gewaltiges Loch in den Ausbildungsbetrieb des Heeres gerissen hat. Eineinhalb Jahre wird es wohl brauchen, um die Rückstände aufzuholen. Eine hinreichende Gefechtsausbildung von ganzen Verbänden gelang wegen des fehlenden Materials und Personals nicht. Und selbst wenn einmal eine Kompanie oder ein Bataillon *combat ready* gemeldet wurde, konnte der Zustand nicht gehalten werden, weil alsbald Material an die nächste Einheit abgegeben werden musste oder die Soldaten zu anderen Aufgaben abgezogen wurden.

Gewiss hat die Bundeswehr intern versucht, das Ruder herumzureißen. Ein beredter Ausdruck davon sind die »Operativen Leitlinien des Heeres«, die Generalleutnant Alfons Mais im September 2021 herausgab. Hier ist von der »Ausrichtung auf den Kampf«, einer »kriegsnahen Ausbildung«, »Kriegstüchtigkeit«, »Bewährung im Kampf«, »Bereitschaft zum Kampf« und »siegeswillig im Gefecht« die Rede. Die Landstreitkräfte sollen, so heißt es da, eine Bevorratung für das hochintensive Gefecht von »mehr als 30 Tagen« erhalten.¹⁶ Das wurde noch nicht einmal im Kalten Krieg erreicht. Die Auslandseinsätze kommen interessanterweise kaum vor, und der Hinweis, dass nur derjenige internationale Krisenmissionen bestehen wird, der die Bündnisverteidigung beherrscht¹⁷, ist etwas fragwürdig. Die beiden Szenarien sind grundverschieden, und das eine ist aus dem anderen keineswegs so einfach abzuleiten.

Auch andere Generale und Admirale sprachen jetzt Klartext, was erfreulich war, weil das Berufsbild des Soldaten in seinem Kern endlich ernst genommen wurde. Offenkundig hat in der Amtszeit von Annegret Kramp-Karrenbauer in der Bundeswehr ein Mentalitätswandel begonnen. Die Ministerin hatte – anders als ihre unglücklich

agierende Vorgängerin – mit Begriffen wie »Kriegstauglichkeit« kein Problem. Doch jenseits der Semantik wurde nach wie vor zu wenig erreicht. Erst im Mai 2021 legte Kramp-Karrenbauer ein Eckpunktepapier vor¹⁸, das in die richtige Richtung wies und mit der Auflösung der Streitkräftebasis und des Sanitätsdienstes als eigenständige Organisationsbereiche ein Stück weit die Dysfunktionalität der Bundeswehr beseitigen wollte. Vier Monate vor der Bundestagswahl kam dieses Papier aber viel zu spät und ging auch nicht weit genug. Es war vor allem eine Empfehlung, im Falle eines CDU-Wahlsiegs weiterhin als Ministerin wirken zu können.

Die Bundeswehr kam also in den letzten Jahren nicht wirklich voran. Das lag auch daran, dass der Verteidigungsministerin die Unterstützung der Kanzlerin fehlte, die dringend notwendig gewesen wäre, zumal die Sozialdemokraten als Koalitionspartner alle Bemühungen um mehr Realismus in der Sicherheitspolitik blockierten. So war der eigentliche Gegenspieler Kramp-Karrenbauers nicht die parlamentarische Opposition, sondern der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. Er betonte immer wieder, dass die Vorstellung der Verteidigungsministerin von Stärke und Abschreckung nicht die seine sei, dass er Russland nicht als Bedrohung empfinde und für dessen Einbindung in eine europäische Friedensordnung eintrete und dass er gegen das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben sei.¹⁹ Die Weigerung der SPD in der letzten Legislaturperiode, die fünf Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zur Bewaffnung freizugeben, wirkt angesichts des Krieges in der Ukraine geradezu surreal. Allerdings: Initiativen der Kanzlerin, mit ihrer Richtlinienkompetenz einzugreifen, sind auch nicht bekannt geworden, und in vielen Punkten dürfte sie den SPD-Positionen nähergestanden haben als der Arbeitsgruppe Verteidigung ihrer eigenen Partei.

Im Bundestagswahlkampf 2021 spielten – wie schon traditionell – die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen keine Rolle. In den Wahlprogrammen von SPD und Grünen stand das Thema weit hinten. Zwar war dort auch von guter Ausstattung der Streitkräfte die Rede, aber im Vordergrund standen zivile Konfliktprävention, Dialog, Frieden und Kampf gegen Rechtsextremismus in den Streitkräften. Einzig die CDU stellte die Außen- und Sicherheitspolitik an den Anfang ihres Wahlprogramms und widmete sich den Streitkräften ausführlicher.²⁰ Im rot-grün-gelben Koalitionsvertrag gab es dann zwar ein klares Bekenntnis, die Bundeswehr besser auszustatten, ihre Strukturen effizienter zu gestalten und die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Konkretere Ziele wurden aber nicht festgelegt. Und der FDP gelang es nicht, die Bildung eines Nationalen Sicherheitsrates durchzusetzen.

Der Kurs der deutschen Sicherheitspolitik änderte sich nach der Bildung der neuen Regierung im Dezember 2021 zunächst nicht. Deutschland fiel im sich zuspitzenden Ukraine-Konflikt wieder einmal durch Zögern und Zurückhaltung auf. North Stream 2

wurde als »privatwirtschaftliches Vorhaben« verteidigt, Waffenlieferungen an die Ukraine wurden aus historischen Gründen ausgeschlossen. Dies war schon allein deshalb widersinnig, weil die Ukraine neben Belarus am meisten unter dem deutschen Terror im Zweiten Weltkrieg gelitten hatte. Wieder einmal musste die deutsche Geschichte als Feigenblatt für das eigene Nichthandeln herhalten. Nach dem 24. Februar stand Deutschland weiter auf der Bremse, doch dieser Kurs ließ sich nicht mehr durchhalten. Angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine wurde der moralische Druck in der Öffentlichkeit immer größer, und auch die Verbündeten dürften der Bundesregierung hinter verschlossenen Türen die Leviten gelesen haben. Mit seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 trat Kanzler Scholz die Flucht nach vorne an. Was zuvor kaum vorstellbar war, wurde nun als »Zeitenwende« angekündigt: Waffenlieferungen, härtere Sanktionen und der Aufbau einer »leistungsfähigen, hochmodernen, fortschrittlichen Bundeswehr«. Dafür sollen 100 Milliarden Euro Sondervermögen bereitgestellt und »von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung« investiert werden. Scholz sprach von eigener Stärke, um Kriegstreibern wie Putin die Grenzen aufzuzeigen, und versprach, jeden Quadratmeter NATO-Bodens zu verteidigen.²¹ Solche Worte hatte es aus dem Mund eines deutschen Kanzlers seit vierzig Jahren nicht mehr gegeben. Es war eine historische Rede, mit der sich Olaf Scholz in die Tradition großer sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker wie Helmut Schmidt einreichte. Der konkrete Inhalt der Regierungserklärung war weder mit den Koalitionsparteien noch mit den Fraktionen abgestimmt, und entsprechend verstimmt waren Teile von SPD und Grünen.

Von einer Zeitenwende zu sprechen und diese auch zu vollziehen sind freilich zweierlei Dinge. Am 3. Juni 2022 hat der Bundestag die Änderung des Grundgesetzes und die Einrichtung des 100-Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt aber abzuwarten, ob es gelingt, nennenswerte Teile der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode kriegsbereit zu machen. Denn darauf kommt es letztlich an: dass die Streitkräfte im Falle eines Angriffs auf NATO-Gebiet einen wesentlichen Beitrag zu dessen Verteidigung leisten können. Konkret bedeutet dies, Luftwaffe, Marine und Heer auf eine mögliche Auseinandersetzung mit Russland vorzubereiten. Die Liste der Rüstungsprojekte, die mit den 100 Milliarden Euro finanziert werden sollen, weisen genau in diese Richtung: F-35 Jets für die Luftwaffe, mehr Kampfkraft für die Marine in Ostsee und Nordatlantik, Ausrüstung einer Panzerdivision mit drei Brigaden bis 2025. Das Heer erhält auch den größten Anteil der 20 Milliarden, die für die Modernisierung der Führungsfähigkeit bereitgestellt werden.

Mehr finanzielle Mittel sind aber nur ein erster Schritt. Rüstungsbeschaffung, Streitkräfte und Verteidigungsministerium sind nach wie vor dysfunktional organisiert, und ohne einschneidende Reformen, die wieder klare Verantwortlichkeiten schaffen, ist die Gefahr groß, dass das viele Geld nur ein Strohfeder entfacht. Vor allem: Wenn die Bundeswehr kriegstauglich werden soll, müssen sich Führung und Truppe auch mental auf ein hochintensives Gefecht mit all seinen Folgen einstellen. Ob europäische Arbeitszeitrichtlinien, gelebte Anspruchslosigkeit an die körperliche Fitness und eine zuweilen grotesk zu nennende Vorschriftenlage dazu beitragen, darf bezweifelt werden. Dass die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte in absehbarer Zeit wesentlich steigt, ist also kaum zu erwarten. Dies liegt freilich auch an der Uneinigkeit der Generalität, dem Unwillen von Politik und Verwaltung, schlanke und einfache Lösungen zu finden, und an einer Kultur, den militärischen Rat möglichst stromlinienförmig der Politik zu präsentieren. 21 Generale sind – so ist zu hören – kurz nach der Bundestagswahl noch schnell in die SPD eingetreten. Diese »November-Gefallenen«, wie sie spöttisch genannt werden, sind beredter Ausdruck einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit des Offizierskorps, bei der das Wohl der Institution Bundeswehr nicht immer im Vordergrund steht.

Gelingen wird die angekündigte Zeitenwende also nur, wenn Olaf Scholz unmissverständlich klarmacht, dass er mit dem neu investierten Geld eine einsatzbereite Bundeswehr sehen möchte, und wenn er für klare Verantwortlichkeiten sorgt. Zudem müsste die Bundesregierung gewillt sein, sich in der Allianz nicht immer hintenanzustellen. Sie müsste Führungs- und Gestaltungswillen zeigen, auch um Europa als Ganzes zu stärken. Wie weit der Weg zu einem ernstzunehmenden militärischen Akteur für Deutschland noch ist, zeigt die Posse um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine.

Die nachhaltige Veränderung der politischen Kultur – nichts anders bedeutet die Zeitenwende – hängt auch vom weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges ab. Mit jedem Bild eines toten Zivilisten und eines zerstörten Wohnblocks wird die Forderung wachsen, den Versprechungen Taten folgen zu lassen. Allerdings: Sollten die Waffen bald schweigen, gar die Sanktionen gelockert werden, wird auch die gefühlte Notwendigkeit nachlassen, sicherheitspolitische Realpolitik zu betreiben. Die Geschichte bleibt also offen.

Berlin, im Juni 2022